Altona wählt:

Ein gutes Leben
für alle

Die Linke
Altona

Präambel

„Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

(Auszug aus der Präambel des Erfurter Programms)

In Hamburg leben über 40.000 Millionär:innen. Und in Hamburg ist jeder fünfte Haushalt armutsgefährdet. Wir finden diesen Zustand unerträglich. Und wir wollen ihn ändern!

Unsere Welt ist im rasanten Wandel. Und wir spüren das, Tag für Tag. Der Kapitalismus ist in einer tiefen Krise – so verschärfen sich all die Konflikte, die er mit sich bringt. Und unser Altona ist keine Insel: Altona steht als Hamburger Bezirk vor enormen Herausforderungen – soziale Verwerfungen, die Klimakrise, Pandemien sowie Kriege auf der ganzen Welt erzeugen auch in der Bezirkspolitik enormen Handlungsbedarf.

Wir wollen den Kapitalismus überwinden. Wir stehen auch in unserem Bezirk konkret und vor Ort an der Seite der Menschen, wenn es darum geht, die Folgen der aktuellen (kapitalistischen) Krisen in den Griff zu bekommen. Doch damit sich bei uns in Altona überhaupt spürbar etwas ändern kann, brauchen Hamburgs Bezirke mehr Einfluss, mehr Eigenständigkeit und mehr Selbstbestimmung.

Uns geht’s um Altona: Wir stehen für ein eigenes Haushaltsrecht und mehr Entscheidungskompetenzen im Bezirk. In Altona leben gut 275.000 Menschen. DIE LINKE macht Politik für alle, die unter den Folgen der aktuellen Krisen leiden, die in Armut leben oder gefährlich dicht dran sind an der Armutsschwelle – für alle, denen die soziale Teilhabe verwehrt wird, weil sie Leistungsbezieher:innen sind oder als Student:innen oder Rentner:innen am Existenzminimum leben müssen. Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen – auch im Alter, bei Erwerbslosigkeit oder Krankheit. Wir ringen um ein Altona, in dem Frauen und

queere Menschen frei und sicher leben können und in dem die Verkehrswende auch wirklich alle Altonaer:innen mitnimmt – und nicht nur die Leute in all jenen Stadtteilen, die sich von vornherein alles leisten können.

Die Klimakrise ist eine direkte Folge kapitalistischen Wirkens. Wir stehen ein für eine radikale sozial-ökologische Transformation. Hamburg muss handeln und Altona muss handeln. Wir müssen sicherstellen, dass auch künftige Generationen eine lebenswerte Infrastruktur vorfinden. Investiert werden muss in Bildung, Kultur, Handwerk und in einen kostenlosen ÖPNV. Wir müssen die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zurückholen: Das AK Altona gehört uns allen und nicht Asklepios! Wir wollen die Demokratie stärken, die Zivilgesellschaft mobilisieren im Kampf gegen Hass und Hetze. Und wir müssen rechte Gewalt bekämpfen – wirksam und spürbar.

Und wo kommt das Geld her? Für uns LINKE ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Reiche und Vermögende gerecht besteuert werden und sich endlich an den Kosten der Krisen beteiligen. Wir wollen ein soziales und solidarisches Altona: **Gerecht. Basisdemokratisch. Antifaschistisch. Ökologisch.**

Neben unserer parlamentarischen Arbeit braucht es nach wie vor den außerparlamentarischen Druck und das Engagement lokaler Initiativen. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit ihnen ist Teil unserer Arbeit. Das Recht auf Mitsprache und Teilhabe wollen wir praktisch umsetzen.

Wir fordern einen radikalen Politikwechsel und treten ein

- für ein soziales, solidarisches, ökologisches Altona, das Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit für alle ermöglicht.
- für ein Altona, das sich für Völkerverständigung, Frieden und gegen Rüstungsproduktion und -exporte einsetzt.
- für ein offenes Altona, das Migrant:innen und Geflüchteten ein (neues) Zuhause bietet.
- für ein zukunftssicheres Altona, in dem auch die nächsten Generationen leben können – weitestgehend geschützt vor den Folgen des Klimawandels und gleichzeitig ohne Ausbeutung des globalen Südens.
- für ein gleichberechtigtes, feministisches und diverses Altona.
- für ein inklusives Altona, das Menschen mit und ohne Behinderung ein gemeinsames Zusammenleben ohne Barrieren ermöglicht.
- für ein erweitertes und vielfältiges Sportangebot in Altona für alle Menschen.
- für ein Altona, das sich alle leisten können. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere mit kommunalem sozialem Wohnungsbau und bezahlbaren Mieten.
- für einen konsequenten Ausbau von Busspuren im gesamten Bezirk, vor allem entlang der Hauptverkehrsachsen, Velo-Routen, ein fußgänger:innenfreundliches Altona, Tempo 30 für den gesamten Bezirk (ausgenommen ausgewählte Hauptverkehrsstraßen) und kostenfreie Fahrradparkhäuser.

1.

Wohnen für Alle. Sozial. Gerecht.

Wohnen ist ein Grundrecht und ein existenzielles Grundbedürfnis. Alle Menschen haben das Recht auf menschenwürdigen, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum – barrierefrei und inklusiv. Insbesondere das Kerngebiet Altona mit Mieten bis zu 17 Euro pro Quadratmeter können sich viele alteingesessene Altonaer:innen nicht mehr leisten. Diese Politik ist letztlich auch ein Nährboden für rechtes Gedankengut.

Altona ist ein Bezirk mit tiefgreifenden Strukturveränderungen durch Großprojekte, die vor allem durch Investor:innen und die Stadt Hamburg über uns Altonaer:innen hinweg entschieden werden. Deshalb lehnen wir sogenannte Vorbehaltsgebiete, bei denen der Bezirk die Handhabe verliert, prinzipiell ab. Stattdessen fordern wir, das Bezirksamt so auszustatten, dass es große Bauprojekte unter eigener Regie vor Ort planen kann. Die Aufgabe von Wohnungsbau ist es, dem Gemeinwohlinteresse zu dienen und nicht den Profitinteressen einiger weniger. Keine Profite mit Boden und Miete! Wir unterstützen die Initiative, alle privaten Wohnungsunternehmen mit privaten Gewinnabsichten ab einer Schwelle von 500 Wohneinheiten zu vergesellschaften.

Wir fordern

- Sanierung und Modernisierung im Bestand – statt Abriss und Neubau.
- einen allgemeinen Mietendeckel! Für die städtischen Wohnungen der SAGA kann dieser sofort eingeführt werden, um weitere Verdrängung, Mietenexplosion und Gentrifizierung zu bremsen. Wir wollen eine gemeinnützige und keine profitorientierte SAGA!
- eine soziale Bodenpolitik, die alle Menschen in Altona gerecht mit gutem Wohnraum versorgt; die auch bei großen Stadtentwicklungsprojekten keine Grundstücke verkauft und wieder mehr Liegenschaften in den Besitz der Stadt bringt, unter anderem durch die Anwendung des Vorkaufsrechts. Wir wollen mehr und vor allem langfristig bezahlbare, barrierefreie Wohnungen in öffentlicher und gemeinnütziger Hand Dritter durch Neubau und Vergesellschaftung. Alle öffentlich geförderten Wohnungen müssen zukünftig dauerhaft mietpreisgebunden sein.

1.

- die gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum verschärft die Wohnungsnot. Diese Entwicklung muss durch die Schaffung einer personell gut ausgestatteten Task Force beim Bezirksamt unterbunden werden.
- in den Altonaer Großprojekten Science City, Neue Mitte Altona II und Holsten-Areal ist Wohnungsbau ausschließlich in städtischem und genossenschaftlichem Eigentum zuzulassen. Alle Neubauten sollten solange ausschließlich geförderte Wohnungen sein, bis alle Altonaer:innen, die ein Anrecht auf eine geförderte Wohnung haben, eine bekommen können.
- permanente Sozialbindung: einmal gefördert, immer günstig.
- energetische Sanierungen und Umstellung der Heizenergieversorgung müssen für Mieter:innen warmmietenneutral sein. Gezielte Förderung für Eigenheimbesitzer:innen und Unternehmen statt Milliarden für Immobilienkonzerne.
- die Vergesellschaftung von leerstehenden Gebäuden, v.a. von Büros – für Wohnraum, Kultur und Kleingewerbe.
- die konsequente Umsetzung des Housing-First Konzepts für Obdachlose in Altona und Einhaltung des EU-Ziels: Abschaffung von Obdachlosigkeit bis 2030!
- ganzjährige und ganztägige Öffnung des Winternotprogramms in Altona.
- ökologisch kreislaufgerechtes Bauen bei Neu- und Bestandsbauten (mit Secondhandbaumaterial, Gründächern, Retentionsdächern, Brauchwasserkreisläufen bei Neubauten, Fassadenbegrünung, energetisch sinnvoller Dämmung und Heizung).
- die Umsetzung des Konzeptes der Schwammstadt in Altona mit einer Offensive zur Entsiegelung, etwa von Parkplätzen.
- Abstandsflächen wahren, keine Bebauung von Innenhöfen und keine Nachverdichtung im Kerngebiet.
- mehr barrierefreies Bauen, senior:innen- und behindertengerecht.
- Starkregenvorsorge bei allen Bauanträgen – nicht nur bei großen Bauprojekten.
- Wohngeldstellen personell auszubauen und zu dezentralisieren, sowie Onlineangebote zu vereinfachen.
- einen Mietendeckel für Gewerbeflächen – für die Stärkung inhaber:innengeführter Geschäfte und Handwerksbetriebe.
- ein Mitbestimmungsrecht von Mieter:innen in Wohnhäusern, vergleichbar mit der Mitbestimmung von Betriebsräten gemäß des Betriebsverfassungsgesetzes.
- Aktiengesellschaften und Unternehmen, die auf Dauer kein angemessenes Wohnen für die Bevölkerung ermöglichen, müssen vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen werden.

2.

Soziales

Altona ist sozial tief gespalten: Es besteht eine große soziale Kluft zwischen den Wohngebieten, in denen überwiegend Menschen mit hohem Einkommen leben und den Wohngebieten, in welchen überwiegend Menschen mit geringem Einkommen wohnen. DIE LINKE sieht es deshalb als eine ihrer zentralen Aufgaben an, für soziale Gerechtigkeit in Altona zu sorgen. Vieles, was wir vor Ort als dringend veränderungsbedürftig erkennen, wird jedoch bundespolitisch entschieden. Im Bundestag macht sich deshalb DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit stark, indem sie ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro fordert. Eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von 630 Euro soll die Lebenschancen aller Kinder sichern.

Auf Bezirksebene setzt sich DIE LINKE für eine gute soziale Infrastruktur in den Stadtteilen ein und fordert eine auskömmlich personell ausgestattete und effizient organisierte Sozialverwaltung: Wer soziale Leistungen wie Bürgergeld oder Grundsicherung beantragt, soll nicht lange auf die Leistung warten müssen.

Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise ist DIE LINKE der festen Überzeugung, dass soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz untrennbar zusammengehören und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die klimagerechte Sanierung des Mietwohnungsbaus darf am Ende nicht zu Lasten der Mieter:innen gehen. Darauf wird DIE LINKE bei der Realisierung des Klimaschutzkonzepts Altona sehr genau achten. Gutes Klima ist sozial nachhaltig. Der Klimanotstand ist bereits jetzt da und spürbar – die Altonaer Bezirkspolitik muss sich, so wie alle Kommunen, dem anpassen und gleichzeitig der Klimakrise konsequent entgegenwirken. Ein Ausbau sozialer Infrastruktur stärkt auch unsere Demokratie und verhindert immer unversöhnlichere Risse in unserer Gesellschaft.

Wir fordern

- in Altona muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.
- die Personalausstattung, gesetzlich verankerte Beratungspflichten und Hilfe beim Ausfüllen von Antragsformularen müssen in allen Ämtern Altonas deutlich verbessert werden. Für die Verwaltungsorganisation der

Grundsicherungsämter, Wohngeldstellen und der Fachstelle für Wohnungsnotfälle liegt die Verantwortung beim Bezirksamt Altona. In jedem Amt müssen für die Bürger:innen kostenlos nutzbare Computer mit Internetzugang und Drucker angeboten werden.

- eine Einstellungsoffensive im sozialen Sektor. Dies gilt für Beratungsstellen, Behörden, Ämter, Migrant:innenselbstorganisationen, Frauenhäuser, Wohngeldstelle, Grundsicherungsämter, allgemeinen sozialen Dienst und ärztlichen Dienst.
- den Aufbau eines dezentralen Netzes von Servicestellen für öffentliche Dienstleistungen. Der z.B. in Lurup in der HASPA-Filiale an wenigen Tagen angebotene mobile Einwohnerservice reicht für ein quartiersnahes Angebot öffentlicher Dienstleistungen – von der Beantragung von Ausweisdokumenten bis hin zur Hilfe bei Anträgen für soziale Hilfen – nicht aus.
- die Straßensozialarbeit muss besser personell ausgestattet werden und flächendeckend mit Standorten in ganz Altona präsent sein. Sie muss in die Lage versetzt werden, in allen Wohnquartieren mit besonderem sozialen Konfliktpotenzial vermittelnd eingreifen zu können und niedrigschwellige Hilfe für Gruppen mit spezifischen sozialen Problemen anbieten.
- Altona braucht ein ausreichendes Angebot von Einrichtungen der offenen Drogenarbeit. Es gibt zu wenig Angebote, so dass die vorhandenen Einrichtungen überlaufen sind. Zusätzliche Standorte könnten hier für Entlastung sorgen. Mögliche Konflikte im Umfeld dieser Einrichtungen sind durch regelmäßige Runde Tische zu moderieren.
- es ist ein richtiger Schritt, dass Lurup, der Osdorfer Born und Altona-Altstadt Fördermittel für die soziale Stadtteilentwicklung erhalten (RISE-Programm), weitere Gebiete wie z.B. Teile von Altona-Nord, Bahrenfeld, Iserbrook und Sülldorf müssten ebenfalls mit finanziellen Mitteln aus der sozialen Stadtteilentwicklung gefördert werden. Das Aufnahmeverfahren in das Förderprogramm ist zu entbürokratisieren. Es müssen nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern auch Personalkosten der sozialen Einrichtungen gefördert werden können.

2.

- die soziale Infrastruktur muss mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben wohnortnah für alle gefördert wird – z.B. auch durch die Bereitstellung nichtkommerzieller Räume, wie etwa das Haus Drei e.V. oder das Bürgerhaus Bornheide.
- Altona muss Strukturen schaffen zum regelmäßigen Austausch unter Beteiligung der Bürger:innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen.
- In den Planungen (wie z.B. Bau, Verkehr, Grün, Stadtplanung, Energie) muss über heutige Generationen hinaus gedacht werden im Sinne von Struktur- und Bevölkerungsveränderungen sowie Nachhaltigkeit.
- ausreichend kostenfreie öffentliche Toiletten und Trinkwasserstationen im gesamten Bezirksgebiet.
- Lebensmittelrettungs- und „Fair“-teilstationen, Tausch- und Reparaturcafés – in jedem Stadtteil und kostenlos für alle.
- Schaffung von Aufenthaltsräumen gegen Kälte und Hitze, Stärkung vorhandener Beratungsangebote im Bezirk.

3.

Klima

Anhaltende Extremwetterlagen treten auch in unserem Bezirk immer häufiger auf. Die Klimakrise und das Artensterben schreiten allerorten mit rasendem Tempo voran. Insbesondere im globalen Süden nehmen die klimakatastrophalen Ereignisse mit unfassbaren Auswirkungen für die dort lebenden Menschen dramatisch zu. Der Kampf gegen die Klimakrise kann (letztlich) nur in einer postkapitalistischen Gesellschaft erfolgreich sein. Darüber hinaus müssen Klimaanpassungsmaßnahmen und der Erhalt der biologischen Vielfalt weltweit höchste Dringlichkeit haben – auch in Altona!

Seit 2019 gibt es ein integriertes Klimaschutzkonzept für den Bezirk Altona einschließlich eines Maßnahmenkatalogs. Angesichts der Ausmaße der Klimakatastrophe sind diese Maßnahmen zum einen nicht weitgehend genug. Zum anderen wurden bisher deutlich zu wenig finanzielle Mittel von der Hamburger Umweltbehörde zur Verfügung gestellt, sodass die Umsetzung der Maßnahmen in allen Handlungs- und Themenfeldern zu lange dauert oder nur rudimentär erfolgt.

Wir fordern

- den Erhalt aller Grün- und Naturräume in Altona sowie Ausbau von Grünflächen und Naherholungsgebieten.
- eine konsequente Entsiegelungsofffensive jetzt.
- CO2- und Ökobilanzen bei allen Neubauvorhaben sowie die Gegenüberstellung der CO2- und Ökobilanz für Erhaltungsaufwendungen einerseits und Abriss und Neubau andererseits.
- rechtzeitige und umfassende (öffentliche) Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzverbänden und der Quartiersnachbar:innenschaft bei der Planung von Neubauprojekten und Umgestaltungen.
- gleichwertige Nachpflanzung aller bau-, verkehrsbedingt oder aus anderen Gründen gefällten Bäume innerhalb Altonas.
- mehr Begleitgrün und mehr Biodiversität auf den Altonaer Straßen z.B. an der Luruper Hauptstraße oder der B43.

- Baumkautionen, die vor (allen) Fällungen gezahlt werden müssen und erst nach gleichwertiger Ersatzpflanzung erstattet werden, um privaten Grünfraß zu stoppen.
- ein verbindliches Baumpflanzprogramm auf öffentlichen und privaten Flächen für jedes Quartier. Wir brauchen mehr Bäume und nicht weniger in Altona.
- keine Großbauprojekte mehr, die u.a. unverhältnismäßig teuer, aufwendig und nicht nachhaltig sind und mit zu wenig Bürger:innenbeteiligung stattfinden.
- eine deutliche Reduktion von klimapolitisch fragwürdigem Beton- und Stahlverbrauch.
- dezentrale Nah- und Quartierswärmenetze ausbauen – in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand.
- die Stärkung von vegetarischen und veganen Angeboten in öffentlichen Kantinen und Mensen.
- die Schaffung von kleinen Kompostieranlagen in den Quartieren.

Energie

Der Energiesektor verursacht ungefähr zwei Drittel aller klimaschädlichen Treibhausgase. Die profit- und wachstumsgetriebene Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung ist somit die wichtigste Ursache für die Klimakrise. Wir brauchen schnellstmöglich eine wirkliche Energiewende ohne fortgesetztes zerstörerisches kapitalistisches Wachstum, die zugleich sozial und klimagerecht ist – inklusive einer sozial gerechten Förderpolitik. Ein entscheidender Teil davon ist eine konsequente Wärmewende hin zu erneuerbaren Energien. Die öffentliche Hand muss hierbei eine Vorbildfunktion einnehmen.

Wir fordern

- einen umfassenden dezentralen Ausbau von erneuerbaren Energien sowie Nah- und Quartierswärmenetzen (z.B. bei Wohnungsneubau oder der Sanierung größerer Wohnanlagen).
- eine Personalverstärkung im Bezirk zur Kontrolle und Beratung von Unternehmen und Einrichtungen zur sozial-ökologischen Transformation.
- Wärmepläne für jedes Wohnquartier schnellstmöglich (mittels Einstellung ausreichend vieler Sanierungsbeauftragter).
- eine regelmäßige und kostenfreie mobile Energie- und Sanierungsberatung in allen Quartieren.
- Klimainitiativen in den Stadtteilen müssen bürokratiearm gefördert und unterstützt werden.
- die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude – sofort.
- Photovoltaik-Anlagen, Solarthermie und Wärmepumpen für alle öffentlichen Gebäude – jetzt!
- alle Energiespeichermöglichkeiten voll auszunutzen und Großspeicher zu vergesellschaften (z.B. das große Pumpspeicherwerk von Vattenfall bei Geesthacht).
- die Förderung und Einspeisung dezentraler, alternativer Energien auch von Privatleuten.

5.

Verkehr

Der motorisierte Individualverkehr beschleunigt die Klimakrise und schadet unserer Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr in Altona insgesamt deutlich zu verringern. Wir fordern eine Stadt der kurzen Wege mit Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs in fußläufiger Nähe. Es geht ohne Auto, wenn wir genug Bus- und Bahnstrecken haben, auch in den Randgebieten – wenn wir das Radfahren auf breiten und angemessenen Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von Autos, LKWs oder Bussen gefährdet wird. Es geht, wenn wir für breite, stolperfreie Fußwege und Fußgängerübergänge sorgen mit deutlich längeren Grünphasen für mobilitätseingeschränkte Menschen. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün. Und dafür lohnt es sich, aus- und umzusteigen.

Wir fordern

- Verkehrskonzepte für jeden Stadtteil, eingebettet in ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept.
- mehr Fußgängerzonen, autofreie und autoarme Straßen in Altona – in allen unseren Stadtteilen und die Erarbeitung und Umsetzung einer Fußverkehrsstrategie für Altona. Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums muss der Fußverkehr, als Bindeglied zu allen anderen Verkehrsmitteln, deutlich mehr Platz und Aufmerksamkeit bekommen.
- die Integration des Projektes „freiRaum Ottensen“ in ein bezirksweites Konzept, das über die reine Planung von Verkehr hinausgeht und stattdessen auch die sozialen Möglichkeiten von Fußgängerzonen stärker berücksichtigt.
- einen Nulltarif für Busse und Bahnen.
- den Ausbau von ÖPNV, Radwegen und -infrastruktur zur Ermöglichung der Reduzierung des Individualverkehrs, mehr Busspuren und Fahrradwege und weniger Parkplätze.
- die Erarbeitung eines Radwegekonzepts für den gesamten Bezirk. Radwege

müssen ausreichend breit und durchgehend angelegt werden sowie baulich getrennt von den Fahrbahnen (protected bikelanes) und dem Fußverkehr. Dazu gehört, auch bereits bestehende Fahrradwege zu ertüchtigen. Vorfahrt für Fußverkehr, Rad und ÖPNV!

- punktuelle Straßensperrungen des LKW-Durchgangsverkehrs z.B. in der Ebertallee oder der Flurstraße.
- die Anbindung von Lurup, Osdorfer Born und Trabrennbahn mit schienengebundenen Systemen, entweder durch die S-Bahn oder per Stadtbahn, die günstig und schnell zu haben und unabhängig vom Verbindungsbahnentlastungstunnel planbar wäre.
- als Zwischenlösung für die Schnellbahnanbindung weitestgehend durchgehende Busspuren zwischen Schenefeld und City kurzfristig einzurichten. Dazu ist eine Buslinie einzurichten, die die Pendler:innen aus dem Kreis Pinneberg direkt bis in die City befördern kann.
- für die Stadtteile Lurup und Osdorf muss IOKI, eine Ringbuslinie oder ein Rufbussystem als HVV-Angebot eingeführt werden.
- für die Anwohner:innen von autofreien und autoarmen Quartieren muss ein kostengünstiges CarSharing-Angebot bereitgestellt werden.
- den Alternativausbau am Diebsteich zu einem modernen Regional- und S-Bahnknoten und 2. Elbquerung statt Verbindungsbahnentlastungstunnel.
- Erhalt und Renovierung des Altonaer Bahnhofs unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit.
- regionale Stadtteilverteilzentren, unter anderem an den S-Bahnstationen Altona und Blankenese.
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, nur auf ausgewählten Hauptverkehrsstraßen Tempo 50.

5.

- eine zweite schienengebundene Elbquerung von Altona zur Entlastung des Hauptbahnhofs und für einen schnelleren Güterverkehr Nord-Süd.
- die strikte Regulierung der E-Scooter (Abholen und Abstellen nur noch auf zugewiesenen Bereitstellungsflächen). Das unregulierte Abstellen von E-Scootern muss verhindert werden, da dies insbesondere für Senior:innen und sehbehinderte Menschen eine ständige Stolper- und Verletzungsgefahr darstellt.
- den Erhalt der Sternbrücke, inklusive der Wohnhäuser, Clubs, Bars und Bäume.

Umwelt-, Verbraucher:innen- und Tierschutz

6.

Der Umwelt- und Verbraucher:innenschutz muss in allen Quartieren gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch die lokale Vorbereitung Altonas auf Starkregenereignisse und auf eine deutliche Zunahme von Hitzeereignissen. Quartiersbezogen muss es einen starken Fokus auf die Entsiegelung von Flächen im öffentlichen und privaten Raum geben – auch kleiner Flächen und Parkplätze. Wir fordern ein bezirksweites Programm zur Neuschaffung und Erweiterung von Grünflächen u.a. durch Pflanzung von mindestens 2.000 zusätzlichen Bäumen und Sträuchern jährlich.

Wir fordern

- das lokale Engagement für die Bepflanzung und Pflege von Baumscheiben, Hochbeeten und Baumpatenschaften muss umfassend gefördert werden.
- die Nutzung frei werdender Flächen zur Herstellung eines fußgänger:innenfreundlichen Bezirks. In Ottensen, wo das Thema Verbraucher:innenschutz und Genehmigungen von Außengastronomie, nicht nur durch freiRaum Ottensen, deutlich an Bedeutung zunehmen wird, werden, ebenso wie in der Schanze, die Konflikte um Raum und abendlichen bzw. nächtlichen Lärm zunehmen. DIE LINKE wird sich weiterhin deutlich auf die Seite der Anwohner:innen stellen.
- die gezielte Förderung und nachhaltige Sicherung und Ausstattung von Reparatur-/Repairprojekten in jedem Stadtteil zur Ressourcenschonung.
- die Recyclingquote entscheidend zu erhöhen: die Anzahl der Recyclinghöfe in Altona mindestens zu verdoppeln.
- einen ökologischen Hafen für Kreuzfahrtschiffe durch Landstrom- und Filterpflicht.
- eine engmaschige Überwachung der Schadstoffwerte an Straßen mit Messstationen zur Kontrolle schädlicher Abgase in der Atemluft.
- eine Intensivierung der Pflege von Grünflächen des Bezirks unter Verwendung von Komposterde, die aus dezentralen Kompostsystemen aus Sammelstellen in Wohnquartieren gewonnen werden soll.
- eine deutliche Verbesserung der Personalausstattung in den Bereichen Lebensmittel- und Krankenhauskontrolle, denn auch hier hat das Bezirksamt Kontrollverpflichtungen, denen es bisher nicht gerecht wird.
- eine kommunale Verpackungssteuer auf alle Einwegbehältnisse.
- die Reduzierung des Fluglärms, auch in Altona.
- eine Ausweitung des Nachtflugverbots.
- Bildungsangebote zum Thema Tierschutz in allen Bildungseinrichtungen.

7.

Gesundheit

Ein möglichst gesundes und langes Leben sowie Wohlbefinden wird nicht allein durch Gesundheitspolitik im engeren Sinne gefördert. Gemäß dem „Health in all policies“-Ansatz können und müssen in allen Politikbereichen (Arbeit, Bildung, Soziales, Gleichstellung, Innen, Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaft, Bauen etc.) Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit aller Menschen fördern und die gesundheitliche Chancenungleichheit verringern. Mehr als die Verhaltensprävention (sich individuell gesund zu verhalten) spielt für DIE LINKE immer auch die Verhältnisprävention (Schaffung von Verhältnissen, die die Gesundheit fördern bzw. Gesundheitsschädigungen abbauen) eine zentrale Rolle.

Zu diesem Zwecke fordern wir den flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften und Community Health Nurses (wohnortnahen Pflege- bzw. Gesundheitsfachkräften). Zudem wollen wir eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Schuleingangsuntersuchungen, Mütter- und Väterberatung, Familienhebammen, sozialpsychiatrischer Dienst usw.) und die Verzahnung mit der ambulanten Versorgung, insbesondere mit den Stadtteil-Gesundheitszentren.

Durch ausreichend viel Personal, gute Arbeitsbedingungen und eine transparente Arbeitsorganisation wird es weiterhin möglich, eine gute und verlässliche Beziehung zwischen Behandelnden und Behandelten entstehen zu lassen, zu pflegen und zu stärken.

Wir fordern

- städtische Stadtteilgesundheitszentren und Care(-arbeits)zentren in kommunaler Trägerschaft für Lurup, Osdorfer Born, Bahrenfeld, Altona-Altstadt sowie Altona-Nord, die niedrigschwellig sind und 7 Tage die Woche geöffnet sind. Dies kann auch die ärztliche Versorgung in Stadtteilen mit geringen Durchschnittseinkommen sichern.
- eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (schulärztlicher Dienst, Elternberatung, Familienhebammen und sozialpsychatrischer Dienst) und die Verzahnung mit der ambulanten Versorgung wie Stadtteilgesundheitszentren.

- flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften.
- präventiv aufsuchende Pflegekräfte für Menschen ab dem 70. Lebensjahr.
- die Verbesserung des Pflegeschlüssels in Altona.
- angesichts der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch im Sommer eine aktive präventive Gesundheitspolitik notwendig macht, fordern wir einen Hitze-Aktionsplan für Wohnungslose und andere vulnerable Menschen zum Schutz vor Hitze und Dehydration.
- den Ausbau niedrigschwelliger Angebote für Drogenkonsument:innen.
- die kleinräumige Erhebung von Daten über Hitzebelastungen und Hitzeschutz, um zielgerichtete Präventionsstrategien zu entwickeln und eine kleinräumige Versorgungsplanung zu erstellen. Hitzewellen werden wieder die Menschen der ärmeren Stadtteile am schwersten treffen.
- die bessere finanzielle Ausstattung der Stadtteilgesundheitskonferenzen, damit hier die Ideen der lokalen Akteur:innen auch tatsächlich umgesetzt werden können.
- die Erhebung und das Monitoring von gesundheitsrelevanten Daten (Lärm, Feinstaub, Schimmel, Wohnraumbedarf und -qualität, Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten etc.).
- die Rekommunalisierung der Asklepios Klinik Altona.
- Pflegeeinrichtungen zu vergesellschaften.

8.

Inklusion

Wir wollen, dass alle Menschen grundsätzlich überall dabei sein können, mitmachen und sich vor allem in die Gesellschaft einbringen können. Ob in der Schule, beim Sport, im ÖPNV, bei Kulturveranstaltungen: grundsätzlich müssen die Gesellschaft, die Politik und die Verwaltung inklusiv vorausschauend planen. Dies erfordert bei jeglichen Planungsprozessen eine Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen. Planungsvorhaben sind so aufzuarbeiten, dass sie für Menschen mit unterschiedlichsten Beeinträchtigungen zugänglich und verständlich sind. Es müssen Beratungsangebote für inklusive Sozialräume, die alle Menschen gleichberechtigt nutzen können, in den Stadtteilen aufgebaut werden. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) seit 2017 in Hamburg steckt immer noch in den Kinderschuhen. Maßnahmen, die Inklusion im Alltag ermöglichen, sind bisher nur mangelhaft umgesetzt.

Wir fordern

- die Ausweitung von Wohnprojekten für Menschen mit und ohne Behinderung.
- ein größeres Angebot von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung und eine bessere Förderung durch den Bezirk.
- fachliche und finanzielle Förderung von Betrieben, die im Rahmen der Inklusion Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen.
- der Altonaer Inklusionsbeirat muss Ausschüssen der Bezirksversammlung gleichgestellt werden.
- einen inklusionsgerechten und barrierefreien ÖPNV in Altona. Dafür ist zunächst ein Inklusionsscreening der Bahnhöfe von Expert:innen entsprechender Vereine notwendig.
- alle Bahnsteige in Altona bekommen mindestens einen zweiten Fahrstuhl.
- geplante öffentliche Neubauvorhaben und vorhandene Bauten müssen grundsätzlich auf Barrierearmut überprüft und umgebaut werden.
- öffentliche Toiletten mit großem Bewegungsraum für Menschen mit Beeinträchtigungen in allen Stadtteilen.

Für ein queer-feministisches Altona

9.

Geld, Zeit, Anerkennung, Macht sowie Lohn- und Care-Arbeit sind zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Wir wollen nicht länger zulassen, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Geschlechteridentität oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden – auch nicht, dass Menschen gezwungen werden, einer bestimmten Norm zu entsprechen. Wir stehen für eine radikal vielfältige, gleichberechtigte Gesellschaft.

Gewalt gegen Frauen, insbesondere häusliche Gewalt, ist nach wie vor eine der gravierendsten Formen geschlechtsspezifischer Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart. Gewalt gegen Frauen ist sowohl Ausdruck der historischen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern als auch Mittel zur Aufrechterhaltung dieser Ungleichheiten.

Wir müssen auch langfristig denken und die Strukturen nachhaltig verbessern. Das heißt, dass wir endlich das bereits seit 2018 in Deutschland in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (kurz: Istanbul-Konvention) auch wirklich und vollständig umsetzen müssen. Dies umfasst die Verpflichtung, „geeignete und leicht zugängliche Schutzunterkünfte in ausreichender Zahl“ zur Verfügung zu stellen. In Hamburg fehlen nach Schlüssel der Konvention noch immer 200 Frauenhausplätze.

Frauenhäuser und Fachberatungsstellen weisen schon lange auf die besonders schwierige Lage für migrantische Frauen mit einem eheabhängigen Aufenthaltstitel hin. Artikel 59 der Istanbul-Konvention regelt die Möglichkeit eines eigenständigen Aufenthaltstitels unabhängig vom Partner für von Gewalt betroffene Frauen.

Wir fordern

- dass Frauenhausbewohnerinnen einen schnellen und unkomplizierten Zugang zum regulären Wohnungsmarkt erhalten. Hierfür wird ein Wohnraumkontingent von 60 Plätzen im Jahr bei SAGA und anderen Wohnungsgenossenschaften eingerichtet.
- mehr Plätze in Frauenhäusern unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfe sowie niedrigschwellige und unkomplizierte Zugänge.
- ein weiteres Frauenhaus für Altona.
- Unterstützung von Personen, die Frauenhäuser verlassen (eigener Wohnraum, Begleitung und Beratung).
- den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten, Beratungsangeboten, Queerprojekten und Elternschulen.
- eine:n Antidiskriminierungsbeauftragte:n für Altona, spezifische Beratungsstellen für trans- und intergeschlechtliche Personen, insbesondere auch Rechtsberatungsstellen.
- die Regelung der Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting).
- die Benennung von Straßen und Plätzen auch nach FLINTA* und queeren Menschen.
- eine gendergerechte Stadtplanung.

10.

Jung & Alt

Das Bezirksamt muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Senior:innen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. In allen Stadtteilen, insbesondere in den Großsiedlungen, müssen die Bezirksverwaltungen Kitas, Krippen, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Senior:innentreffs fördern und mit hauptamtlichem Personal unterstützen. Wo es noch keine Senior:innentreffs gibt, sind diese einzurichten.

Für die Teilhabe von Senior:innen ist der barrierefreie, niedrigschwellige und zumindest kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Wohnen im Alter oder die Qualität der Pflege sind in allen Einrichtungen zu garantieren. Dazu sind die entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr Personal auszustatten.

Wir fordern

- angesichts der mangelnden strukturellen und personellen Ausstattung und massiver Inflation den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung, der Kitas und Krippen und ein weiteres Kinder- und Familienzentrum.
- die Einrichtung eines Jugendrates in Altona, der beratend an Entscheidungen des Bezirksamtes, die Jugendliche betreffen, beteiligt wird.
- kein Abbau des Etats im Kerngebiet, um ihn in Randgebieten zu erhöhen. Wir fordern eine auskömmliche Etat- und Bedarfsdeckung für alle Stadtteile Altonas!
- in Neubaugebieten (z.B. Holsten-Areal, Science City Bahrenfeld, Neue Mitte Altona II, Kolbenhof-Schwarzkopf) müssen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Treffpunkte wie Kinder- und Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- ein beitragsfreies Frühstück in allen Kitas und Grundschulen und beitragsfreies Essen an allen Schulen.

10.

- mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der Offenen Arbeit).
- ein Rahmenkonzept zur Beteiligung, sowie zwei Koordinierungsstellen in Altona, für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.
- den beitragsfreien Zugang für Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen zu Sportvereinen, Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- konsequente Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive.
- verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zur Kompensation der durch die Corona-Maßnahmen erzeugten Defizite (psychosoziale Beratung, Therapien, Projekte zur Lernförderung, Deutschlernprogramme in Zusammenarbeit aller Angebote im Sozialraum).
- die Stärkung des Schwimmunterrichts und eine weitere Schwimmhalle in Altona.
- die auskömmliche Ausstattung von Senior:innentreffs und Tagespflegeangeboten.
- ein erweitertes, vielfältiges und inklusives Angebot im Sport für alle Menschen sowie den Ausbau der im Bezirk liegenden Sportflächen. Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Senior:innenarbeit und die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Senior:innenarbeit.
- ein Konzept für die qualitative Ausweitung der Senior:innenarbeit in jedem Bezirk inklusive deren Finanzierung.
- den kostenlosen Zugang für Senior:innen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior:innen bei allen Planverfahren im öffentlichen Raum.
- mehr Plätze und Bänke zum Ausruhen von mobilitätseingeschränkten Menschen in allen Bezirken und Stadtteilen.
- kostenlose WLAN-Versorgung mit ausreichender Bandbreite in allen Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen.
- als Sofortmaßnahme: ein deutlich kostenreduziertes Senior:innenticket im öffentlichen Nahverkehr.
- unangemeldete Kontrollen von Senior:innen- und Pflegeheimen zur Sicherung der Qualitätsstandards.

11.

Kultur

Überall in Altona gibt es Kunst und Kultur – sie muss für alle zugänglich und erreichbar sein. Über die Teilnahme darf nicht der Geldbeutel entscheiden. Unsere Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Vielfalt! Hier ist Platz für die Geschichtswerkstatt, das Treffen der Bürger:inneninitiative, die Lesung, die Chorprobe, den Tanz- oder Sprachkurs, die Vernissage oder die Kinderdisco: Stadtteilkulturzentren sind die Herzkammern des lokalen Kulturlebens – und ihre Aufgaben wachsen stetig. Darum müssen sie auskömmlich und zukunftsorientiert finanziert werden. Dazu gehören Tariflöhne, Mindesthonorare und Planungssicherheit für ein vielfaltsorientiertes Angebot.

Kultur entsteht wo Menschen leben – Kultur entsteht in den Stadtteilen! Wir wollen Kulturschaffende und Kreative in ihrem Wirken und Arbeiten stärken. Kultur braucht (Arbeits-)Räume – sie sind die Basis, damit Kultur entstehen kann! Bezahlbare Proberäume, Tonstudios, Ateliers für bildende Kunst, Tanz, Theater und Film sind auch in Altona Mangelware. Altona hat die große Chance, bestehende Orte zu sichern, zu erschließen und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung zu machen. So kann das kulturelle Leben in den Bezirken effektiv gestärkt werden!

Wir fordern

- eine deutliche Erhöhung der Stadtteilkulturmittel und eine auskömmliche Förderung der Stadtteilkulturzentren.
- Aufbau bzw. Aufnahme weiterer Kulturhäuser in die institutionelle Förderung.
- kostenfreie Räume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter Laien.
- den kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche, Senior:innen, schwerbehinderte Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- die Angebote der öffentlichen Bücherhallen finanziell und personell deutlich auszubauen.
- die Schaffung bezahlbarer Arbeits-, Ausstellungs- und Produktionsräume.

Frieden

Ohne ein ziviles Miteinander und Frieden sind alle unsere Forderungen nichtig. Hamburg ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter in Europa. Gerade der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verpflichtet zur Deeskalation und diplomatischer Entspannung. Wir fordern das Verbot von Rüstungsexporten und stehen für eine friedliche Außenpolitik jenseits des militärischen Tunnelblicks. Jeder Mensch hat das Recht auf Frieden!

Friedenspolitik bedeutet, Fluchtursachen zu bekämpfen! Die militaristische Indoktrinierung an unseren Schulen und Hochschulen durch die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab, wie die verherrlichende Zurschaustellung von Kriegsschiffen beim Hafengeburtstag. In Altona haben wir viele Orte, an denen ein Gedenken bisher fehlt, wie etwa an die Opfer des deutschen Kolonialismus, des Euthanasieprogramms, oder die Opfer des Altonaer Blutsonntags.

Rechtskonservative und faschistische Parteien sind die Parteien des deutschen Militarismus, die Aufrüstung und Expansion der Bundeswehr propagieren. Sie geben sich als Friedensparteien und versuchen damit nur, über ihre eigentlichen Absichten hinwegzutäuschen und Millionen von Menschen, die eine friedliche Welt wollen, in die Irre zu leiten und für ihre nationalistische und chauvinistische Politik zu vereinnahmen.

Wir fordern

- kein Werben für das Sterben mehr an Altonaer Schulen – Bundeswehr raus aus den Schulen und Kitas!
- keine Rüstungsexporte und Waffentransporte durch den Hamburger Hafen.
- keine Waffenproduktion und Konversion der Arbeitsplätze.
- den finanziellen und personellen Auf- und Ausbau von internationalen Jugend-, Kultur-, Sport-, Schul- und Städtepartnerschaften zur Förderung ziviler Völkerverständigung.
- den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Wir unterstützen die zahlreichen antifaschistischen Aktivitäten und werden uns auch in der Bezirksversammlung weiter dafür stark machen. Der 8. Mai ist weltweit der Tag des Friedens, des Antifaschismus und der Solidarität!
- in Altona eine Woche des Gedenkens an die Opfer von Faschismus, Kolonialismus und Rassismus zu etablieren und zu gestalten: Erinnern heißt kämpfen!
- Denkmäler von Vertreter:innen des Imperialismus und Kolonialismus sind im Straßenbild unübersehbar, Mahnmale gegen Faschismus und Krieg dagegen kaum wahrnehmbar. Erstere müssen in einen kritischen Kontext gestellt werden, letztere im öffentlichen Raum aufgewertet werden.
- eine Aufwertung und bessere Pflege bereits stehender Denkmäler und Gedenktafeln in Altona.
- in der Bezirksversammlung werden wir Initiativen ergreifen, auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hamburger NSU-Morde in der Bürgerschaft hinzuwirken.

13.

Flucht & Migration

Das Tor auf Altonas Wappen steht offen, seit Jahrhunderten leben hier Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Wir wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Wir verwehren uns gegen das Ausspielen der einen gegen die anderen. Wir streiten für eine solidarische Gemeinschaft, damit wir gemeinsam gegen eine Politik von oben auftreten und niemand nach unten tritt.

Wir fordern

- Altona muss zum sicheren Bezirk für Geflüchtete, Deserteur:innen und alle Menschen in Not und zur Zuflucht für Seenotgerettete werden.
- auch in Altona müssen die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration in Schule, Arbeitswelt, Altenpflege und das Fördersystem geschaffen werden.
- die Migrant:innenselbstorganisation zu fördern und zu stärken.
- den Stopp von Abschiebungen.
- das Bleiberecht von Drittstaatengeflüchteten aus der Ukraine.
- Altona muss gerüstet sein für zukünftige Krisen und deshalb die Strukturen der Geflüchtetenarbeit permanent aufrechterhalten.
- die finanzielle und rechtliche Absicherung von ehrenamtlich Tätigen in der Migrations- und Fluchtarbeit.
- die Umsetzung des landesweiten Aufnahmeprogramms für afghanische Ortskräfte.
- verstärkte Anstrengungen, die Diversität der Altonaer Bevölkerung auch beim Personal des Bezirksamtes auf allen Ebenen abzubilden.

14.

Demokratie & Teilhabe

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir kämpfen dafür, dass faschistische Parteien und Personen nicht mehr in die Parlamente einziehen, aus dem öffentlichen Leben zurück gedrängt werden und besonders Nazis raus: aus den Köpfen!

Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Wir wollen die Bürger:innenbeteiligung ausbauen und die Stadtteilbeiräte und Senior:innendelegiertenversammlungen finanziell besser ausstatten. Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlungen selbst. Damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger:innen gefällt werden können, benötigen die Bezirksversammlungen mehr Spielraum und Befugnisse. Auch die Schuldenbremse schränkt unseren Spielraum ein. Sie ist demokratiegefährdend und ein reines Sparprogramm. Sie gehört abgeschafft. Angesichts des Gesamtplanes des Hamburger Haushaltes für das Jahr 2024 von ca. 18,1 Milliarden Euro sind die geplanten 679 Millionen Euro für die Stadtbezirke, davon 92 Millionen Euro für Altona, viel zu wenig. Es bedeutet einen weiteren Personalabbau, eine weitere Schwächung notwendiger Infrastruktur vor Ort. Es bedeutet einen weiteren Abbau von demokratischen und notwendigen Teilhabemöglichkeiten für die Menschen vor Ort. Wir wollen die Bezirksverwaltung und kommunale Einrichtungen finanziell, rechtlich und personell deutlich stärken und ausbauen. Demokratie und Teilhabe beginnen vor Ort!

Wir fordern

- Kommunalparlamente statt Bezirksversammlungen für das gemeindelose Bundesland Hamburg.
- die Aufhebung des Großhamburg-Gesetzes und Ersetzung der sieben Bezirksversammlungen durch Kommunalräte mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie die meisten Gemeinden in der Bundesrepublik. Wir fordern die Ausstattung der Bezirke mit eigenem Haushaltsrecht und Entscheidungskompetenzen über bezirkliche Verwaltungsvorgänge, Personaleinsatz und verbindlichem Bebauungsplanrecht.
- Schluss mit dem Auslagern von Personal aus den Bezirken in die Fachbehörden.
- die verbindliche Umsetzung von Bürgerentscheiden und Bezirksentscheiden.
- Weg mit dem Evokationsrecht: Bürgerentscheide und Beschlüsse der Bezirksversammlungen müssen für den Senat bindend sein. Beanstandungen müssen vom Senat innerhalb einer Vierwochenfrist entschieden werden und gerichtlich überprüfbar sein.
- das Wahlrecht zu allen Wahlen für alle Menschen ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz in Hamburg.
- Stadtteilbeiräte und Senior:innen-Delegiertenversammlungen zu stärken und mit besseren finanziellen Mitteln auszustatten. Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den Ausschüssen erhalten.
- eine stärkere Einbindung der Inklusions- und Senior:innenbeiräte in die Beratungen der Bezirksversammlung.

Für viele unserer Vorschläge für eine soziale, ökologische, antikapitalistische und solidarische Stadtentwicklung gibt es deutliche Mehrheiten in Altona und Hamburg. Das zeigen:

Das breit getragene Engagement der Hamburger:innen in der Geflüchtetensolidarität, erfolgreiche Volksinitiativen, wie z.B. „Hamburg enteignet“, oder der Anschluss der Hamburgischen Bürgerschaft an den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), sowie die Demonstrationen in Hamburg von Fridays for Future gemeinsam mit den Gewerkschaften, „Solidarisch aus der Krise“, „Rave in Altona“ oder die Bündnisdemo zum Internationalen Frauentag und die vielen Initiativen wie „Prellbock“, „knallt am dollsten“, „Borner Runde“ und das „Luruper Forum“.

Es kommt darauf an, links zu wählen! Es kommt gleichzeitig darauf an, selbst aktiv zu werden – sich einzusetzen für ein Altona, das gute Lebensbedingungen nicht nur für die mit den großen Vermögen bietet. DIE LINKE wird auch weiterhin an der Seite derjenigen stehen, die sich gemeinsam für eine soziale, ökologische und solidarische Stadt einsetzen.

Altona gehört uns allen. Gemeinsam mit euch können wir es schaffen!

Impressum

DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 | 22765 Hamburg
Telefon 040 41 35 85 20

die_linke_altona@posteo.de
www.die-linke-altona.de

Fotos: Karin Desmarowitz (Präambel, Soziales, Klima, Verkehr, Gesundheit, Kultur, Flucht & Migration), DIE LINKE (Wohnen), MAK/Adobe Stock (Alt & Jung)

V.i.S.d.P.: Klaus-Peter Berndt | Am Felde 2 | 22765 Hamburg

www.die-linke-altona.de